

Ausgangslage

Im Rahmen der Haushaltsdebatte werden folgende Geschäfte beraten:

- *Steuergesetzrevision 2019*
1. Lesung
- *Voranschlag 2018 (VA 2018)*
Genehmigung
- *Aufgaben-/Finanzplan 2019-2021 (AFP 2019-2021)*
Genehmigung
- *Bericht über das Entlastungspaket 2018 (Bericht EP 2018)*
Kenntnisnahme
- *Parlamentarische Vorstösse zu den vorstehenden finanz- und steuerpolitischen Geschäften*

Ablauf/Drehbuch

Nach einer finanz- und steuerpolitischen Grundsatzdebatte erfolgt die Beratung der Steuergesetzrevision 2019 (1. Lesung). Anschliessend werden VA 2018, AFP 2019-2021 sowie der Bericht EP 2018 beraten, wobei diese nicht einzeln, sondern im Rahmen eines Gesamtblocks behandelt werden. Die Beratung und Bereinigung von Anträgen erfolgt direktionsweise in themenspezifischen Einzelblöcken. Dies hat den Vorteil, dass nicht mehrfach über Einzelthemen debattiert wird. Zudem ermöglicht die Zusammenstellung von themenspezifischen und damit auch direktionsspezifischen Einzelblöcken, dass die zuständigen Regierungsmitglieder die einzelnen Sachthemen im Grossen Rat vertreten können. Die Beratungen finden innerhalb dieser Einzelblöcke statt (abgetrennt durch Linie).

Einwirkungsmöglichkeiten des Grossen Rates auf den VA 2018, den AFP 2019-2021 und den Bericht EP 2018

Die **Zahlenseite des VA ist formell ein Beschlussesantrag** des Regierungsrates an den Grossen Rat. Der Grosse Rat kann somit – gestützt auf entsprechende Anträge – an der Finanzseite des VA Änderungen beschliessen. Wird der VA in der Schlussabstimmung genehmigt, dann wird der Regierungsrat das Zahlenwerk des VA 2018 im Nachgang an die Novembersession 2018 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rates korrigieren. Die korrigierte Version des VA 2018 wird anschliessend im Verlauf des Januars 2018 im Internet aufgeschaltet.

Der **AFP ist ein Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat** und wird durch den Grossen Rat entweder genehmigt oder an den Regierungsrat mit Auflagen zurückgewiesen. Anders als beim VA, bei welchem der Grosse Rat einzelne Beschlussesgrössen mit Anträgen ändern kann und diese Änderungen dann auch im Zahlenwerk des VA vollzogen werden, bleiben die Zahlenwerte des AFP in jedem Fall unverändert. Es erfolgt somit keine Korrektur von Zahlen des AFP im Anschluss an die Novembersession. Der Grosse Rat kann die Zahlenwerte des AFP somit nicht wie beim VA mit konkreten Anträgen abändern. Der Grosse Rat hat aber die Möglichkeit, sich mit Planungserklärungen zum AFP zu äussern. Der Regierungsrat wird überwiesene Planungserklärungen dann im nächsten Planungsprozess im Rahmen der Erarbeitung des neuen AFP, vorliegend des AFP 2020-2022, berücksichtigen bzw. gegenüber dem Parlament in der Berichterstattung zum VA 2019 / AFP 2020-2022 darlegen, wie er mit den Planungserklärungen umgegangen ist.

Was heisst das nun konkret in Bezug auf das **EP 2018**?

- Soll auf eine **Massnahme** verzichtet werden, welche bereits **ab 2018 wirkt**, dann ist zum **VA 2018** ein **Antrag auf Korrektur** der entsprechenden Beschlussesgrösse zu stellen. Wenn die Massnahme auch den AFP betrifft, dann gilt der Antrag zugleich als Planungserklärung zu den finanziellen Effekten im AFP 2019-2021.
- Wenn die **Massnahme** aus dem EP aber **erst die Jahre 2019 und fortfolgende** und somit **nur** den **AFP** betrifft, dann kann zu dieser Massnahme eine Planungserklärung eingereicht werden, wonach auf die Umsetzung der Massnahme zu verzichten sei.

Für Anträge, welche bereits gestellte Anträge von Kommissionsmehrheiten oder –minderheiten unterstützen oder ablehnen, gilt eine verkürzte Redezeit von 2 Minuten (Beschluss des Büros vom 23. November 2017).

1 Grundsatzdebatte zur Steuergesetzrevision 2019, zum VA 2018, zum AFP 2019-2021 sowie zum Bericht EP 2018

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

2 Steuergesetzrevision 2019

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

Die Mehr- und Minderheitsanträge der Finanzkommission gehen aus dem Dokument «Gemeinsamer Antrag des Regierungsrates und der Kommission» hervor. Nachfolgend sind nur die zusätzlichen Anträge aufgeführt.

SP/JUSO/PSA (Wyrsch, Jegenstorf)

Nichteintreten

Auf das Steuergesetz ist nicht einzutreten.

Grüne (Imboden, Bern)

Rückweisung

Die Steuergesetzrevision 2019 ist mit folgenden Auflagen zurückzuweisen:

- Es ist dem Grossen Rat eine gegenfinanzierte, ökologisch und klimapolitisch verträgliche Vorlage zu unterbreiten.
- Das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG) ist so zu ändern, dass die klimapolitischen Ziele des Bundes und gemäss internationalem Klimaabkommen von Paris im Verkehrsbereich im Kanton Bern erreicht werden.

Machado Rebmann (GaP, Bern)

Art. 41 Abs. 1

Besonderer Abzug

Soweit die Verhältnisse, die zu einem Erlass der ganzen geschuldeten Steuer berechtigen, schon bei der Veranlagung bekannt sind, ~~kann~~ wird auf Antrag der Gemeinde das steuerbare Einkommen auf Null festgesetzt ~~werden~~.

Machado Rebmann (GaP, Bern)

Art. 41 Abs. 2

~~Ein Abzug auf null ist nur möglich, wenn weder Eigentum noch Nutzniessung an Grundstücken vorliegt und Einkommen sowie Vermögen die vom Regierungsrat festgesetzten Beträge nicht überschreiten.~~

Ein Abzug auf Null wird vorgenommen, wenn das Einkommen das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht erreicht.

Grüne (Imboden, Bern)

Art. 95

Gewinnsteuersatz bleibt unverändert dreiteilig = wie aktuelle Gesetzgebung.

SVP (Freudiger, Langenthal)

Rückweisung mit folgender Auflage:

Im Hinblick auf die 2. Lesung ist folgender Antrag zu prüfen:

Art. 182 Abs. 1

(...), ordnet der Grosse Rat durch Gesetz eine allgemeine Neubewertung der Grundstücke und Wasserkräfte an (...).

SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jegenstorf)

Rückweisung mit folgender Auflage:

Im Hinblick auf die 2. Lesung ist folgender Antrag zu prüfen:

Art. 250 Abs. 3

Die Gemeinde setzt die Steueranlage zusammen mit dem Beschluss über das Budget jährlich fest. Die Steueranlage ist ~~für alle betroffenen Steuern gleich~~ der juristischen Personen kann für Gemeinden, welche durch die Steuergesetzrevision eine Gewinnsteuerertragsdifferenz (2020-2024) von mehr als 15% haben, höher festgelegt werden als für natürliche Personen.

SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jegenstorf)

Die Revision des Steuergesetzes ist der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen.

Haas (FDP)	Art. 42 Abs. 1 und 2	Der Antrag der FiKo-Minderheit betreffend Tarifsenkung ist unter Einbezug des Inhalts der soeben beschlossenen Detailbestimmungen als Eventualantrag gemäss Art. 63 Abs. 2 Kantonsverfassung zu beschliessen.
Köpfli (glp)	BSFG	Der Antrag der FiKo-Minderheit zur Motorfahrzeugsteuer ist als Eventualantrag gemäss Art. 63 Abs. 2 Kantonsverfassung zu beschliessen.

3

Allgemeine Anträge zum Bericht EP 2018 und zum AFP 2018-2021

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

3.a Rückweisung/Nichteintreten

Grüne (Imboden, Bern)

1 Rückweisung

Der Bericht Entlastungsprogramm EP 2018 wird zurückgewiesen. So sind die Zahlen ohne Berücksichtigung der Steuergesetzvorlage darzustellen, da das Steuergesetz noch nicht in Kraft ist und es ist auf jene Abbaumassnahmen zu verzichten, welche einen Leistungsabbau bedeuten.

SP/JUSO/PSA

2 Nichteintreten

Auf das Geschäft «Entlastungspaket 2018 (EP 2018)» ist nicht einzutreten.

Grüne (Imboden, Bern)

3 Rückweisung

Der AFP wird zurückgewiesen. So sind die Zahlen ohne Berücksichtigung der Steuergesetzvorlage darzustellen, da das Steuergesetz noch nicht in Kraft ist und es ist auf jene Abbaumassnahmen zu verzichten, welche einen Leistungsabbau bedeuten.

3.b Controlling EP 2018

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung EP 2018

Der Regierungsrat wird ersucht, in den Jahren 2018 bis 2022 in geeigneter Weise über den Stand der Umsetzung der durch den Grossen Rat anlässlich der Novembersession 2017 beschlossenen Massnahmen des Entlastungspakets 2018 zu informieren. Dabei ist bei allen Massnahmen der aktuelle Stand der Umsetzung hinsichtlich der erwarteten und realisierten finanziellen Effekte, der Auswirkungen auf die Gemeinden sowie der Auswirkungen auf den Stellenbestand darzustellen.

Finanzkommission (Mehrheit)

2 Planungserklärung EP 2018

Projekte im Kap. 9.3 des EP 2018: Die FiKo ist mindestens jährlich über den weiteren Verlauf der Projekte zu informieren.

3.c Kompensation abgelehnte Massnahmen EP 2018

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung AFP 2019-2021

Der Regierungsrat wird aufgefordert, für die aufgrund der grossrätlichen Beratung zum EP 2018 wegfallenden finanziellen Massnahmen / per Saldo wegfallenden Entlastungen mit Blick auf den VA 2019 / AFP 2020-2022 Ersatzmassnahmen zu beschliessen bzw. dem Grossen Rat – soweit sie in dessen Kompetenz fallen – zu beantragen.

Finanzkommission (Mehrheit)

2 Planungserklärung AFP 2019-2021

Die Ersatzmassnahmen haben ausgabenseitig und schwergewichtig innerhalb der Kantonsverwaltung zu greifen.

3.d Steuern

Motion 050-2017 Schöni-Affolter (Bremgarten, glp)
Geschäft Nr. 63

1 Motion 050-2017 Schöni-Affolter (Bremgarten, glp) «Endlich verbindliche Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche Personen». Antrag Regierungsrat: Annahme als Postulat.

Finanzkommission (Mehrheit)

2 Planungserklärung AFP 2019-2021

Im AFP 2020-22 ist zusätzlicher Handlungsspielraum für Steuerentlastungen zu schaffen, damit sich der Kanton Bern im interkantonalen Ranking wesentlich verbessern kann.

Finanzkommission (Minderheit)

3 Planungserklärung AFP 2019-2021

Es sind dem Grossen Rat bis spätestens im AFP 2020 Varianten für eine Anpassung bei der Erbschafts- und Schenkungssteuern aufzuzeigen.

Finanzkommission (Minderheit)

4 Planungserklärung AFP 2019-2021

Es ist dem Grossen Rat aufzuzeigen, wie im Rahmen einer Revision des Strassenverkehrsgesetzes die ökologische Wirksamkeit bei den Motorfahrzeugsteuern verbessert werden kann.

3.e Projekte

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung AFP 2019-2021

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Zeitpläne von laufenden strategischen Projekten (ERP, Direktionsreform, eGov) wesentlich zu straffen und die Projekte (insbesondere auch die Direktionsreform) inhaltlich so zu gestalten, dass eine Optimierung bzw. Verschlinkung von Prozessen resultiert.

Knutti (Weissenburg, SVP)
Berger (Aeschi, SVP)
Speister (Zweisimmen, SVP)
Schwarz (Adelboden, EDU)
Graf (Interlaken, SP)

2 Planungserklärung AFP 2019-2021

E-Government: Es ist aufzuzeigen, wie insbesondere aufgrund der Digitalisierung Verwaltungseinheiten wie Handelsregister, Grundbuch-, Betreibungs- und Konkursämter, Regierungsstatthalterämter optimiert organisiert werden können. Inbesondere sind auch dezentrale effiziente Standorte bei der Digitalisierung zu berücksichtigen.

3.f Personal

SVP (Knutti, Weissenburg)
Berger (Aeschi, SVP)

1 Planungserklärung AFP 2019-2021

Reduktion der Verwaltungsstellen mit Schwergewicht bei den höheren Gehaltsklassen in allen Direktionen bis 2021 um 3%.

Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

2 Planungserklärung AFP 2019-2021

Bezogen auf den Stellenplan 2017 sind in der Zentralverwaltung über alle Direktionen die Stellenprozente um 1% zu reduzieren.

Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

3 Planungserklärung AFP 2019-2021

Bezogen auf den Stellenplan 2018 sind in der Zentralverwaltung von 2019-2021 über alle Direktionen die Stellenprozente um 3% zu reduzieren.

3.g Leistungsverträge

SVP (Amstutz, Schwanden-Sigriswil)

1 Planungserklärung AFP 2019-2021

Leistungsverträge überprüfen:

1. Die bestehenden Leistungsverträge sind in jeder Direktion aufzuführen und auf Verzichtsmöglichkeiten respektive auf finanzielles Optimierungspotenzial zu überprüfen.
2. Auslaufende Leistungsverträge sind neu und günstiger auszuhandeln.
3. Alle 5 Jahre sind Leistungsverträge grundsätzlich zu überprüfen. Die Fristen sind entsprechend vorzusehen.

4

Staatskanzlei

Vertretung Regierungsrat: Staatsschreiber, Finanzdirektorin

4.a Abstimmungen und Wahlen

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Rückerstattung Portokosten Wahlwerbematerial (Massnahme 42.1.4): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten (unechte Sparmassnahme; Lastenverschiebung zu den Gemeinden; Verletzung Aufgabenteilungsgrundsätze [FILAG]).

Eventualiter: Der Ausgleich dieser Lastenverschiebung aufgrund der Wirkung dieser Massnahme erfolgt gemäss Artikel 29b FILAG.

5

Volkswirtschaftsdirektion

Vertretung Regierungsrat: Volkswirtschaftsdirektor, Finanzdirektorin

5.a Arbeitslosenversicherung

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Imboden, Bern)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)
EVP (Kipfer, Münsingen)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion kantonale Massnahmen, insbesondere Unterstützung Motivationssemester (Massnahme 43.3.1): Insb. Streichung der Motivationssemester ist zu streichen.

5.b Wirtschaftsentwicklung und -aufsicht

von Kaenel (Villeret, PLR)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Beiträge an Gebiete mit geringem Aufenthaltstourismus (Massnahme 43.2.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

SP/JUSO/PSA

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Beiträge an Sportveranstaltungen (Massnahme 43.2.4): Ablehnung der Massnahme.

5.c Landwirtschaft und Natur

glp (Köpfli, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Regional- und Tiervermarktung (Massnahme 43.4.5): Die Beiträge für die Tiervermarktung von jährlich CHF 2.7 Millionen (Konto 363500 Regional- und Tiervermarktung) sind im Aufgaben-/Finanzplan in den Jahren 2019-2021 zu streichen.

SP/JUSO/PSA

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Regional- und Tiervermarktung (Massnahme 43.4.5): Erhöhung des Sparbetrages um je CHF 0.2 Millionen pro Jahr auf CHF 0.4 Millionen ab 2019.

SP/JUSO/PSA

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Ausgaben sowie der Einlagen des Renaturierungsfonds (Massnahme 43.6.2): Ablehnung der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 4.7.6 «Natur» um CHF 0.1 Millionen zu erhöhen.

6

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Vertretung Regierungsrat: Gesundheits- und Fürsorgedirektor, Finanzdirektorin

6.a Spitalversorgung

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Imboden, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Projekt Ausbildungsqualität (Massnahme 44.2.4): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Finanzkommission (Minderheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Beiträge Rettungswesen (und Samariterverein) (Massnahme 44.2.5): Beitrag Samariterverein nicht sparen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.2 «Spitalversorgung» um CHF 0.01 Millionen zu erhöhen.

Grüne (Imboden, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichung Globalbeitrag medizinische Innovation (Massnahme 44.2.6): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.2 «Spitalversorgung» um CHF 3.0 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Minderheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

4 **Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Kürzung weitere Beiträge Rahmenkredit (Massnahme 44.2.7): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.2 «Spitalversorgung» um CHF 0.09 Millionen zu erhöhen.

6.b **Psychiatrie**

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (de Meuron, Thun)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Kürzung nicht-stationäre Psychiatrieversorgung (Massnahme 44.2.8): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

glp (Mühlheim, Bern)

2 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Kürzung nicht-stationäre Psychiatrieversorgung (Massnahme 44.2.8): Die Kürzung der nicht-stationären Psychiatrieversorgung in den Jahren 2020 und 2021 ist auf CHF 2.6 Millionen (statt CHF 5.203 Mio.) zu beschränken, indem die eingekaufte Menge an Leistungen nur um 5% statt 10% reduziert wird.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (de Meuron, Thun)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

3 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Kürzung Beiträge Spitalschulen Psychiatriebetrieb um 5% (Massnahme 44.2.9): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

6.c Altersbereich

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Boss, Saxeten)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 **Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Kürzung Beiträge Tagesstätten (Altersbereich) (Massnahme 44.3.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 0.25 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Boss, Saxeten)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

2 **Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Optimierung Spezialverträge im Altersbereich auf das Notwendigste (Massnahme 44.3.4): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 0.5 Millionen zu erhöhen.

6.d Behindertenbereich

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Boss, Saxeten)

1 **Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Lineare Kürzung der Staatsbeiträge an Behinderteninstitutionen im Bereich Kinder/Jugendliche und Erwachsene (Massnahme 44.3.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten, solange nicht sichergestellt ist, dass das Behindertenkonzept von 2011 umgesetzt werden kann und geklärt ist, wie ab 2020 das neue Finanzierungsmodell realisiert werden kann, welches die Selbstbestimmung und Teilhabe realisieren will.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 6.4 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

2 **Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Lineare Kürzung der Staatsbeiträge an Behinderteninstitutionen im Bereich Kinder/Jugendliche und Erwachsene (Massnahme 44.3.2): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 6.4 Millionen zu erhöhen.

glp (Köpfli, Bern)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Lineare Kürzung der Staatsbeiträge an Behinderteninstitutionen im Bereich Kinder/Jugendliche und Erwachsene (Massnahme 44.3.2): Die lineare Kürzung der Staatsbeiträge an Behinderteninstitutionen ist nicht per sofort, sondern Schrittweise umzusetzen. 2018: CHF 1.6 Millionen; 2019: 3.2 Millionen; 2020: 4.8 Millionen; 2021: 6.4 Millionen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 4.8 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Sancar, Bern)

4 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion hoher wiederkehrender Überdeckungen im System der Pauschalabgeltung der Betriebsbeiträge im Behindertenbereich (Massnahme 44.3.3): Auf die Massnahme ist zu verzichten, solange nicht sichergestellt ist, dass das Behindertenkonzept von 2011 umgesetzt werden kann und geklärt ist, wie ab 2020 das neue Finanzierungsmodell realisiert werden kann, welches die Selbstbestimmung und Teilhabe realisieren will.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 2.2 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

5 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion hoher wiederkehrender Überdeckungen im System der Pauschalabgeltung der Betriebsbeiträge im Behindertenbereich (Massnahme 44.3.3): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 2.2 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Sancar, Bern)

6 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Lineare Kürzung der Spezialverträge der flankierenden Massnahmen im Behindertenbereich (Massnahme 44.3.5): Auf die Massnahme ist zu verzichten, solange nicht sichergestellt ist, dass das Behindertenkonzept von 2011 umgesetzt werden kann und geklärt ist, wie ab 2020 das neue Finanzierungsmodell realisiert werden kann, welches die Selbstbestimmung und Teilhabe realisieren will.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 0.6 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

7 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Lineare Kürzung der Spezialverträge der flankierenden Massnahmen im Behindertenbereich (Massnahme 44.3.5): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 0.6 Millionen zu erhöhen.

6.e Spitex

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Versorgungsbeiträge an Spitex (Massnahme 44.3.7): Der Spitex soll eine Übergangsfrist von einem Jahr gewährt werden, die zu einer Systemanpassung genutzt werden soll (weg von pro-Kopf-Beiträgen). In den Finanzplanjahren soll die Massnahme auf CHF 6 Millionen reduziert werden.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 8 Millionen zu erhöhen.

Guggisberg (Kirchlindach, SVP)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Versorgungsbeiträge an Spitex (Massnahme 44.3.7): Durch die GEF ist unter Einbezug der betroffenen Institutionen (Spitex Verband Kanton Bern, ASPS etc.) im Hinblick auf die Jahre 2019 und später eine bedarfsgerechtere und leistungsorientiertere Abgeltungsmethode zu erarbeiten. Bis zur Anwendung der neuen Abgeltungsmethode ist auf die Massnahme 44.3.7 «Reduktion Versorgungspflichtsbeiträge an Spitex-Institutionen» zu verzichten (d. h. Erhöhung Saldo Produktgruppe um CHF 8 Millionen).

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 8 Millionen zu erhöhen.

Haas (FDP, Bern) – Eventualantrag

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Die Planungserklärung Guggisberg (Kirchlindach, SVP) ist am Schluss wie folgt zu ergänzen: «Spätestens ab dem Jahr 2020 sind substanzielle Einsparungen zu realisieren.»

Grüne (Boss, Saxeten)

4 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Versorgungsbeiträge an Spitex (Massnahme 44.3.7): LV mit Spitex wird für 2018 weitergeführt. GEF wird beauftragt, neue Finanzierungsmodelle mit der Spitex für einen neuen LV zu verhandeln.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 8 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

5 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Versorgungsbeiträge an Spitex (Massnahme 44.3.7): Ablehnen der Massnahme. Die GEF wird beauftragt, mit der Spitex das System der Versorgungspflicht zu überprüfen. Ziel ist nicht, die Beiträge zu kürzen, sondern optimal einzusetzen zur Erfüllung einer qualitativ guten Versorgung und für gute Arbeitsbedingungen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 8 Millionen zu erhöhen.

Grüne (Boss, Saxeten)
SP/JUSO/PSA

6 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Erhöhung der Patientenbeteiligung Spitex (Massnahme 44.3.6): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 13 Millionen zu erhöhen.

Mentha (Liebefeld, SP/JUSO/PSA)
Linder (Bern, Grüne)
Gygax-Böninger (Obersteckholz, BDP)

7 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Erhöhung der Patientenbeteiligung Spitex (Massnahme 44.3.6): Auf die Massnahme ist teilweise zu verzichten (CHF 6.5 Millionen). Die Patientenbeteiligung ist entsprechend anzupassen, hat sich aber weiterhin nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger zu richten (Art. 25d SHV).

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.7 «Angebote für Menschen mit einem Pflege-, Betreuungs-, besonderen Bildungsbedarf» um CHF 6.5 Millionen zu erhöhen.

6.f Existenzsicherung und Integration I

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Sancar, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Unterstützungsleistungen für Sozialhilfebeziehende (Massnahme 44.7.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

2 Planungserklärung EP 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

SHG-Revision: Auswirkungen auf Flüchtlingssozialhilfe (Massnahme 44.7.3): Ablehnen der Massnahme.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Sancar, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichung Löhne BIAS (Beschäftigungs- und Integrationsangebote Sozialhilfe) (Massnahme 44.7.5): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.6 «Existenzsicherung und Integration» um CHF 0.2 Millionen zu erhöhen.

6.g Existenzsicherung und Integration II

Finanzkommission (Minderheit)
Linder (Grüne, Bern)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Massnahmenpaket Suchthilfe und Gesundheitsförderung (Massnahme 44.7.6): Punkt 3: Gesundheitsförderung und (Sucht-)Prävention wird statt um CHF 700'000 nur um die Hälfte gekürzt (-CHF 350'000).

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.6 «Existenzsicherung und Integration» um CHF 0.35 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)
Grüne (Imboden, Bern)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Massnahmenpaket Suchthilfe und Gesundheitsförderung (Massnahme 44.7.6): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.6 «Existenzsicherung und Integration» um CHF 0.9 Millionen zu erhöhen.

Müller (SP, Langenthal) - Eventualantrag

Finanzkommission (Minderheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)
Grüne (Linder, Bern)

Finanzkommission (Minderheit) - Eventualantrag
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

Gnägi (Jens, BDP)
Rudin (glp, Lyss)

EVP (Schnegg, Lyss) - Eventualantrag

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Massnahmenpaket Suchthilfe und Gesundheitsförderung (Massnahme 44.7.6): Auf diese beiden Massnahmenteile der Massnahme Nr. 44.7.6 ist zu verzichten: Leistungsabbau im Bereich mobile Schadenminderung und Substitution: CHF 450'000; Leistungsabbau im Bereich der Gesundheitsförderung und (Sucht-)Prävention: CHF 700'000. Auf diesen Leistungsabbau in der Suchthilfe und Schadensminderung im Kanton Bern ist zu verzichten.

4 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Ablehnen der Massnahme.

5 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Der FiKo und der GSoK sind im ersten Quartal 2018 die Kürzungen zur Konsultation vorzulegen.

6 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Auf die Massnahme ist im Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021 zu verzichten. Der Regierungsrat überprüft für den nächsten Aufgaben- und Finanzplan die abgeschlossenen Leistungsverträge auf Doppelspurigkeiten und legt dem Grossen Rat eine Übersicht vor. Bei Kürzungsvorschlägen sind die daraus resultierenden Folgekosten zu beachten.

7 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Auf die Streichung von CHF 200'000 bei der Zusammenarbeit der Mütter- und Väterberatung mit der Erziehungsberatung ist zu verzichten.

Kullmann (Hilterfingen, EDU)

8 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Auf die Sparmassnahme bei der Frauenberatungsstelle Infra im Umfang von CHF 21'000 ist zu verzichten.

Linder (Bern, Grüne)
Dumermuth (Thun, SP/JUSO/PSA)

9 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kleinstbeiträge streichen und weitere Kürzungen auf Leistungsverträgen (Massnahme 44.7.7): Auf die Streichung CHF 50'000 für die Fachstelle Spielraum ist zu verzichten..

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

10 Planungserklärung EP 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA): Praktika streichen (Massnahme 44.7.8): Ablehnen der Massnahme.

6.h Existenzsicherung und Integration III

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichung Beitrag Ehe- und Familienberatung (Massnahme 44.7.9): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Grüne (Sancar, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Flüchtlingssozialhilfe: Familiennachzug senken (Massnahme 44.7.10): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 5.7.6 «Existenzsicherung und Integration» um CHF 0.1 Millionen zu erhöhen.

EVP (Jost, Thun)

3 Planungserklärung EP 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Beitrag an die Schuldenberatung Berner Oberland streichen (Massnahme 44.7.11): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten. Der Regierungsrat wird beauftragt, den Betrag im bis-

herigen Umfang in den Aufgaben-/Finanzplan 2019-2021 aufzunehmen.

EDU (Kullmann, Hilterfingen)

4 Planungserklärung EP 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Beitrag an die Schuldenberatung Berner Oberland streichen (Massnahme 44.7.11): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten. Stattdessen wird der Regierungsrat beauftragt, die Massnahme im selben Umfang (CHF 50'000) bei der Berner Schuldenberatung einzusparen.

EVP (Jost, Thun) - Eventualantrag

5 Planungserklärung EP 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Beitrag an die Schuldenberatung Berner Oberland streichen (Massnahme 44.7.11): Bei der Umsetzung der Sparmassnahme ist auf das Streichen des Leistungsvertrags zu verzichten. Stattdessen wird der Regierungsrat beauftragt, die Massnahme im selben Umfang (CHF 0.05 Mio.) verteilt auf alle Leistungserbringer zu verteilen.

7.a Ergänzungsleistungen

Finanzkommission

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Höhe der höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten (Massnahme 45.10.1): Bei der Berechnung des Entlastungseffekts der Massnahme Nr. 45.10.1 «Reduktion der Höhe der höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten» wurden irrtümlicherweise sämtliche Heimarten in die Berechnung des Entlastungseffektes einberechnet und nicht nur diejenigen gemäss Art. 3 Abs. 1 EV ELG. Deshalb ergibt sich bei korrekter Berechnungsart eine finanzielle Entlastung beim Kanton im Umfang von jährlich CHF 4.25 Mio. anstatt den CHF 5.5 Mio., die im EP 2018 ausgewiesen wurden. D.h. der Entlastungseffekt im VA 2018 / AFP 2019-2021 reduziert sich um jährlich CHF 1.25 Mio. und damit erhöhen sich die Saldobeträge in der Produktgruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» um diesen Betrag.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.9 «Vollzug der Sozialversicherungen» um CHF 1.25 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Mehrheit)
Grüne (Boss, Saxeten)
SP/JUSO/PSA

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion der Höhe der höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten (Massnahme 45.10.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.9 «Vollzug der Sozialversicherungen» um CHF 4.25 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Mehrheit)

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Durchführungs-/Verwaltungskosten EL nach Abzug des Bundesbeitrages dem Lastenausgleich EL unterstellen (Massnahme 45.10.2): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten (unechte Sparmassnahme; Lastenverschiebung zu den Gemeinden; Verletzung Aufgabenteilungsgrundsätze [FILAG]).

Eventualiter: Der Ausgleich dieser Lastenverschiebung aufgrund der Wirkung dieser Massnahme erfolgt gemäss Artikel 29b FILAG.

7.b Gemeinden

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Fusionsbeiträge (Massnahme 45.4.1): Es sind zusätzliche Kürzungen im Umfang von CHF 700'000 vorzunehmen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.5 «Unterstützung und Aufsicht Gemeinden» um CHF 700'000 zu reduzieren.

7.c Prostitutionsgewerbe

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Aufgabenverzicht im Rahmen des Gesetzes über das Prostitutionsgewerbe (Massnahme 45.5.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

7.d Amts- und Vollzugshilfe

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht auf Entschädigung der Gemeinden für Amts- und Vollzugshilfe (Massnahme 45.6.3): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten (unechte Sparmassnahme; Lastenverschiebung zu den Gemeinden; Verletzung Aufgabenteilungsgrundsätze [FILAG]).

Eventualiter: Der Ausgleich dieser Lastenverschiebung aufgrund der Wirkung dieser Massnahme erfolgt gemäss Artikel 29b FILAG.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.11 «Betreibungen und Konkurse» um CHF 0.6 Millionen zu erhöhen.

7.e Prämienverbilligungen

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Imboden, Bern)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Der kantonale Betrag für die Prämienverbilligungen ist jährlich um die durchschnittliche Erhöhung der Krankenkassenprämien zu erhöhen, was im Kanton Bern für 2018 CHF 2.84 Millionen entspricht (Betrag VA 2018: 3.4 % von CHF 83.6 Millionen Kantonsbeitrag).

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.9 «Vollzug der Sozialversicherungen» ist um CHF 2.84 Millionen zu erhöhen.

Finanzkommission (Minderheit)

2 Planungserklärung AFP 2019-2021

Der kantonale Betrag für die Prämienverbilligungen ist jährlich um die durchschnittliche Erhöhung der Krankenkassenprämien zu erhöhen, was im Kanton Bern für das Jahr 2018 CHF 2.84 Millionen entspricht.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

3 Abänderungsantrag VA 2018

Belassen der Tarife auf dem Stand von 2017

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.9 «Vollzug der Sozialversicherungen» um CHF 26 Millionen zu erhöhen.

7.f Familienausgleichskasse

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Einführung Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen (Massnahme 45.10.3): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

7.g Kinderschutz und Jugendförderung

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Linder, Bern)
SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)
von Kaenel (Villeret, PLR)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichen Staatsbeitrag (Förderungskredit KKJ) und Auflösung der Kommission zum Schutz und zur Förderung von Kinder und Jugendlichen (KKJ) (Massnahme 45.11.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.7 «Kinderschutz und Jugendförderung» um CHF 0.08 Millionen zu erhöhen.

Wüthrich (Huttwil, SP/JUSO/PSA) - Eventualantrag

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichen Staatsbeitrag (Förderungskredit KKJ) und Auflösung der Kommission zum Schutz und zur Förderung von Kinder und Jugendlichen (KKJ) (Massnahme 45.11.1): Der Projektbeitrag an das neu geschaffene Jugendparlament Kanton Bern (als Postulat vom Grossen Rat am 3. September 2013 mit 72 Ja, 56 Nein, 6 Enthaltungen unterstützt) soll erhalten bleiben.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.7 «Kinderschutz und Jugendförderung» um CHF 0.012 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Sachaufwand (Massnahme 45.11.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.7 «Kinderschutz und Jugendförderung» um CHF 0.085 Millionen zu erhöhen.

7.h Dezentrale Verwaltung

Speiser (Zweisimmen, SVP)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Schliessung Dienststelle Obersimmental-Saanen (Massnahme 45.6.1). Auf die Schliessung der Dienststelle Betreibungen & Konkurse am Standort Saanen ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.11 «Betreibungen und Konkurse» um

CHF 0.2 Millionen zu erhöhen.

Alberucci (Ostermundigen, glp)

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Betreibungs- und Konkurswesen auf maximal 5 Standorte zu konzentrieren.

Alberucci (Ostermundigen, glp)

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Der Regierungsrat wird beauftragt, die bernische Grundbuchführung auf maximal 5 Standorte zu konzentrieren.

7.i Pfarramtliche Versorgung

glp (Köpfli, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion von Pfarrverwesungen (Massnahme 45.9.1): Die CHF 1.5 Millionen, die der Regierungsrat 2018 und 2019 durch eine Reduktion von Pfarrverwesungen einsparen will, ist mit dem Inkrafttreten des neuen Landeskirchengesetzes am 1. Januar 2020 durch eine gleich hohe Reduktion der Beiträge des Kantons an die Landeskirchen in den Jahren 2020 und 2021 fortzuführen.

7.j Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Erhöhung Entschädigungen / Drittbeiträge Bereich Erwachsene (Massnahme 45.13.1): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 6.7.14 «Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde» um CHF 1.2 Millionen zu erhöhen.

8.a Freiheitsentzug und Betreuung

Finanzkommission

1 Abänderungsantrag VA 2018

In der Produktgruppe «Freiheitsentzug und Betreuung» sind im VA 2018 folgende Saldokorrekturen vorzunehmen:

Deckungsbeitragsschema (Auszug)	Voranschlag 2018
CHF	
Saldo I (Globalbudget)	-92 124 404
(+) Erlöse Staatsbeiträge	0
(-) Kosten Staatsbeiträge	-11 500
(+) Fiskalische Erlöse und Bussen	0
Saldo II (Betriebsbuchhaltung)	-92 135 904
(+)/(-) Abgrenzungen	624 973
Saldo III (Finanzbuchhaltung)	-91 510 931

Die Werte für die Personal- und Sachkosten des Deckungsbeitragsschemas wurden falsch berechnet. Die Korrekturen haben keine Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung bzw. das Ergebnis der Finanzbuchhaltung (Saldo III), sondern betreffen ausschliesslich das Ergebnis der Betriebsbuchhaltung (Saldo I + II).

Machado (GaP, Bern)

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzögerung ausserkantonale Einweisungen und Kostenüberwälzung Betriebsdefizit der Bewachungsstation Inselspital (BEWA) auf einweisende Behörden (Massnahme 46.3.1): Auf die Verzögerung von Einweisungen in ausserkantonale Einrichtungen ist zu verzichten.

SVP (Knutti, Weissenburg)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzögerung ausserkantonale Einweisungen und Kostenüberwälzung Betriebsdefizit der Bewachungsstation Inselspital (BEWA) auf einweisende Behörden (Massnahme 46.3.1): Einsparung um weitere 10%.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 7.7.4 «Freiheitsentzug und Betreuung» um zusätzlich CHF 0.07 Millionen zu reduzieren. Die in den Aufgaben-/Finanzplanjahren 2019-2021 im Bericht zum EP 2018 ausgewiesenen Entlastungen sind pro Jahr um jeweils weitere 10 Prozent zu erhöhen, Über die gesamte Periode 2018-2021 ergeben sich dadurch zusätzliche Entlastungen im Umfang von insgesamt CHF 0.54 Millionen.

SVP (Knutti, Weissenburg)

4 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Sachaufwand in den Vollzugsanstalten (Massnahme 46.3.2): Kürzung um weitere 10%.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 7.7.4 «Freiheitsentzug und Betreuung» um zusätzlich CHF 0.07 Millionen zu reduzieren. Die in den Aufgaben-/Finanzplanjahren 2019-2021 im Bericht zum EP 2018 ausgewiesenen Entlastungen sind pro Jahr um jeweils weitere 10 Prozent zu erhöhen, Über die gesamte Periode 2018-2021 ergeben sich dadurch zusätzliche Entlastungen im Umfang von insgesamt CHF 0.28 Millionen.

SVP (Schlup, Schüpfen)

5 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Therapiekonzepte für Straftäter mit Blick auf Kosten-Nutzen und Fehlanreize überprüfen.

8.b Fonds für Suchtprobleme

Finanzkommission (Minderheit)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Gestaffelte Kürzung des Anteils des Fonds für Suchtprobleme aus der Spielbankenabgabe (Massnahme 46.1.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

8.c Sport

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion und Verzicht im Bereich Sport (Massnahme 46.4.2): Reduktion der Massnahme mit dem Auftrag, auf den Abbau von 1.1 Stellen zu verzichten, die Anzahl J & S Kurse um 20% zu erhöhen und die Kursgebühr pro Teilnehmer und Tag um CHF 10.- anzuheben (bringt Mehreinnahmen von CHF 100'000.-, womit die Massnahme insgesamt saldoneutral ist).

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Gerber, Hinterkappelen)
SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jeginstorf)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion und Verzicht im Bereich Sport (Massnahme 46.4.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 7.7.6 «Bevölkerungsschutz, Sport und Militär» um CHF 0.1 Millionen zu erhöhen.

Zryd (Magglngen, SP/JUSO/PSA)

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion und Verzicht im Bereich Sport (Massnahme 46.4.2): Ab 2019 wird ein Betrag von CHF 200'000 gekürzt, was ungefähr der Hälfte der geplanten Einsparung entspricht.

8.d Migration und Personenstand

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Sancar, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht und Kürzungen im Asylbereich (Massnahme 46.5.1): Verzicht auf Kürzung der Beteiligung an den Gemeinnützigen Beschäftigungsprogrammen (GeBePro).

SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jeginstorf)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht und Kürzungen im Asylbereich (Massnahme 46.5.1): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 7.7.5 «Migration und Personenstand» um CHF 1.1 Millionen zu erhöhen.

SVP (Knutti, Weissenburg)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht und Kürzungen im Asylbereich (Massnahme 46.5.1): Kürzung um weitere 20%.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 7.7.5 «Migration und Personenstand» um zusätzlich CHF 0.22 Millionen zu reduzieren. Die in den Aufgaben-/Finanzplanjahren 2019-2021 im Bericht zum EP 2018 ausgewiesenen Entlastungen sind pro Jahr um jeweils weitere 20 Prozent zu erhöhen, Über die gesamte Periode 2018-2021 ergeben sich dadurch zusätzliche Entlastungen im Umfang von insgesamt CHF 1.144 Millionen.

SVP (Knutti, Weissenburg)

4 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Kürzung Sachkosten und Dienstleistungen Dritter (Massnahme 46.5.2): Kürzung um zusätzliche 10%.

Die in den Aufgaben-/Finanzplanjahren 2019-2021 im Bericht zum EP 2018 ausgewiesenen Entlastungen sind pro Jahr um jeweils weitere 10 Prozent zu erhöhen, Über die gesamte Periode 2018-2021 ergeben sich dadurch zusätzliche Entlastungen im Umfang von insgesamt CHF 0.06 Millionen.

8.e Häusliche Gewalt

Knutti (Weissenburg, SVP)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Einsparung von Ressourcen in der Grössenordnung von 20-30% durch Zusammenführung/Koordination der zahlreichen involvierten Stellen im Bereich für häusliche Gewalt.

9.a Personalentwicklung

Finanzkommission (Minderheit)
SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jegenstorf)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Streichung Anschubfinanzierung Nachdiplomstudium Master of Public Administration (MPA) an der Uni Bern (Massnahme 47.2.4): Das Personalamt soll weiterhin das zweijährige MPA Nachdiplomstudium für sehr gute Kaderleute mitfinanzieren, damit auch in Zukunft motivierte, gute Kaderleute sich weiterbilden können. Auf die Massnahme ist zu verzichten.

9.b Steuern und Dienstleistungen

Finanzkommission (Mehrheit)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Übernahme von Inkasso- und Quellensteueraufgaben (Massnahme 47.5.2): Auf die Umsetzung der Massnahme in dieser Form ist zu verzichten. Die nachgewiesenen Einsparungen sind im Rahmen des bestehenden Projektes zu überprüfen und zu realisieren, sofern, die gleichen Einsparungen auch durch Neuverhandlung mit den betroffenen Gemeinden erreicht werden können. Die Bereiche Quellensteuer und Inkasso können allenfalls aufgeteilt werden.

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jegenstorf)
Grüne (Imboden, Bern)

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Senkung des Zinses auf zu viel bezahlten Steuern (Massnahme 47.5.3): Weitergehende Senkung des Zinses auf zu viel bezahlten Steuern: auf 1% (statt 1,5%).

glp (Schöni-Affolter, Bremgarten)
Fuchs (Bern, SVP)

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Senkung des Zinses auf zu viel bezahlten Steuern (Massnahme 47.5.3): Weitergehende Senkung des Zinses auf zu viel bezahlten Steuern: auf 0.5% (statt 1.5%).

Fuchs (Bern, SVP)

4 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Erhöhung der Verzugszinsen von 3% auf 4%.

SP/JUSO/PSA (Wyrsh, Jegenstorf)
glp (Schöni-Affolter, Bremgarten)

5 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Senkung Bezugsprovision Quellensteuern (Massnahme 47.5.1): Erhöhung des Sparvolumens durch weitergehende Senkung auf 1% (von 3%).

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 8.7.4 «Steuern und Dienstleistungen» um CHF 1.75 Millionen zu reduzieren.

10

Erziehungsdirektion

Vertretung Regierungsrat: Erziehungsdirektor, Finanzdirektorin

10.a Ausbildungsbeiträge

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Linder, Bern)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Ausbildungsbeiträge – Verzicht auf kostenrelevante Teile der ABV-Revision (Massnahme 48.2.1): Aufhebung Beitragslimiten Berufsvorbereitende Schuljahre/Vorlehre; Realisierung der Erhöhung der Einkommensfreibeträge,. Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.6 «Zentrale Dienstleistungen» um CHF 2.6 Millionen zu erhöhen.

10.b Volksschule

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Graf, Belp)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Lehrplan 21; Abteilungsweiser Unterricht Sekundarstufe I; Verzicht auf die vorgesehene Aufstockung um 2 Lektionen (Massnahme 48.3.1): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (Vanoni, Zollikofen)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion des Pools «Integration und besondere Massnahmen» (IBEM) (Massnahme 48.3.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.2 «Volksschule und schulergänzende Angebote» um CHF 0.8 Millionen zu erhöhen.

SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

3 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Stellenabbau: Zentralverwaltung (Massnahme 48.3.4): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.2 «Volksschule und schulergänzende Angebote» um CHF 0.3 Millionen zu erhöhen.

SVP (Krähenbühl, Unterlangenegg)

4 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Halbierung der Beiträge für die Tagesschulunterstützung.

SVP (Schlup, Schüpfen)

5 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht auf die geplanten Beiträge an Fremdbetreuung während den Schulferien (Teilrevision des Volksschulgesetzes).

SVP (Schlup, Schüpfen)

6 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion des Kindergartenpensums für 4-Jährige von 1 Lektion pro Tag.

Finanzkommission (Mehrheit)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

7 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verzicht auf Beiträge des Kantons an die Schülertransportkosten (Massnahme 48.3.3): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten (unechte Sparmassnahme; Lastenverschiebung zu den Gemeinden; Verletzung Aufgabenteilungsgrundsätze [FILAG]).

Eventualiter: Der Ausgleich dieser Lastenverschiebung aufgrund der Wirkung dieser Massnahme erfolgt gemäss Artikel 29b FILAG.

10.c Gartenbauschulen

Motion 196-2017 de Meuron (Thun, Grüne)
Geschäft Nr. 17

Finanzkommission (Minderheit)
Grüne (de Meuron, Thun)

Sommer (Wynigen, FDP)

SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

1 Motion 196-2017 de Meuron (Thun, Grüne) «Rettet die Gartenbauschule Hünibach!». Antrag
Regierungsrat: Ablehnung

2 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Abbau bei den Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach (Massnahme 48.4.1): Verzicht auf Streichung des Beitrags an Hünibach. Es ist auf die Streichung der Beiträge an die einzige biologisch ausgerichtete Gartenbauschule Hünibach zu verzichten und gemäss der Motion 196-2017 (Gemäss Punkt 4.) mit der Gartenbauschule Hünibach eine neue Leistungsvereinbarung auszuhandeln, die einerseits den Fortbestand der Schule sichert und andererseits die Basis für eine mittel- bis langfristige realistische Steigerung des Eigenfinanzierungsgrades legt.

3 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Abbau bei den Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach (Massnahme 48.4.1): Verzicht auf den Abbau der kantonalen Vollzeitausbildung für Florist/innen an der Gartenbauschule Oeschberg (GSO) mit der Auflage, dass die Sparmassnahme im Umfang von CHF 300'000 durch strukturelle Anpassung im bz emme kompensiert wird. Dabei wirken sich CHF 150'000 durch eine Reduktion der Mietfläche resp. der Mietkosten im Budget des Amtes für Grundstücke und Gebäude (AGG) aus. .

4 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Abbau bei den Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach (Massnahme 48.4.1): Ablehnen der Massnahme.

10.d Höhere Fachschulen

Motion 197-2017 Jost (Thun, EVP)
Geschäft Nr.18

Finanzkommission (Minderheit)
SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

Jost (EVP, Thun)

Luginbühl (Krattigen, BDP)

Etter (Treiten, BDP)

1 **Motion 197-2017 Jost (Thun, EVP)** «Hotelfachschule Thun: Keine Schwächung des Tourismuskantons Bern und keine Gefährdung des bildungspolitischen Leuchtturms im Berner Oberland». Antrag Regierungsrat: Ablehnung.

2 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Höhere Fachschulen: Verzicht auf Zusatzfinanzierung (Massnahme 48.4.2): Auf die Massnahme ist zu verzichten.

3 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Höhere Fachschulen: Verzicht auf Zusatzfinanzierung (Massnahme 48.4.2): Auf die Umsetzung der Sparmassnahme 48.4.2 betreffend die Hotelfachschule Thun ist zu verzichten. Der Regierungsrat wird beauftragt, den Zusatzbeitrag gemäss Artikel 27 Absatz 2 BerG für die Hotelfachschule Thun im bisherigen Umfang in den Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021 aufzunehmen.

4 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Höhere Fachschulen: Verzicht auf Zusatzfinanzierung (Massnahme 48.4.2): Die vorgesehene Kürzung des Förderbeitrags an die Höhere Fachschule Holz Biel gemäss Art. 94a BEV soll halbiert werden. Die andere Hälfte soll von den betroffenen Institutionen mit der Anpassung der Strategie resp. Erarbeitung von andern Einnahmenquellen selber finanziert werden.

5 **Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021**

Höhere Fachschulen: Verzicht auf Zusatzfinanzierung (Massnahme 48.4.2): Die vorgesehene Einsparung ist bei den betroffenen Schulen um 50% zu reduzieren und frühestens ab 2021 umzusetzen. Die restlichen 50% müssen die Schulen durch Einsparungen, höhere Kostenbeiträge und weitere Massnahmen selber erbringen. Die Aufteilung der Einsparungen wird den Schulen überlassen.

10.e Bildungszentrum Pflege

SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Bildungszentrum Pflege (Massnahme 48.4.6): Ablehnen der Massnahme.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.3 «Mittelschulen und Berufsbildung» um CHF 0.2 Millionen zu erhöhen.

10.f Brückenangebote

Finanzkommission (Mehrheit)

Grüne (Imboden, Bern)

SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Brückenangebote: Finanzierung analog der Volksschule (Massnahme 48.4.5): Auf die Umsetzung der Massnahme ist zu verzichten (unechte Sparmassnahme; Lastenverschiebung zu Gemeinden; Verletzung Aufgabenteilungsgrundsätze [FILAG]). Mit FILAG 2002 wurde die Sekundarstufe 2 (Berufsschulen, Gymnasien) von den Gemeinden hin zum Kanton verschoben, auch die Brückenangebote. Die von den Gemeinden aufgewendeten Mittel wurden mittels Steuerbelastungsverschiebung dem Kanton übertragen.

Eventualiter: Der Ausgleich dieser Lastenverschiebung aufgrund der Wirkung dieser Massnahme erfolgt gemäss Artikel 29b FILAG.

Die Berufsbildung und der Erwerb eines Abschlusses auf Sekstufe II sind für die Jugendlichen, aber auch für die Wirtschaft (Arbeitskräftemangel) wichtig. Auf die Verschiebung an die Gemeinden ist zu verzichten.

10.g Hochschulen

SP/JUSO/PSA (Wüthrich, Huttwil)

Grüne (Imboden, Bern)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Einmalige Aussetzung Erhöhung Beiträge Uni, BFH, PH Bern (Massnahme 48.5.1): Ablehnen der Massnahme.

Grüne (Imboden, Bern)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Erhöhung Studiengebühren für Bildungsausländer um CHF 400 pro Jahr (Massnahme 48.5.4): Auf diese Massnahme ist zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.4 «Hochschulbildung» um CHF 0.15 Millionen zu erhöhen.

10.h Archäologie

SVP (Knutti, Weissenburg)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Archäologie: Abbau Leistungsangebot (Massnahme 48.6.4): Weitere Einsparungen im Umfang von 20% in den Jahren 2018-2021 durch stärkere Priorisierung und Verzicht.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.5 «Kultur» um zusätzlich CHF 0.08 Millionen zu reduzieren. Die in den Aufgaben-/Finanzplanjahren 2019-2021 im Bericht zum EP 2018 ausgewiesenen Entlastungen sind pro Jahr um jeweils weitere 20 Prozent zu erhöhen, Über die gesamte Periode 2018-2021 ergeben sich dadurch zusätzliche Entlastungen im Umfang von insgesamt CHF 0.42 Millionen.

10.i Kultur

Kullmann (Hilterfingen, EDU)

1 Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Stellenabbau Zentralverwaltung (Massnahme 48.6.2): Die Sparmassnahme ist um 50 Prozent zu erhöhen.

Kullmann (Hilterfingen, EDU)

2 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Verschiedene Einzelmassnahmen (Massnahme 48.6.3): Die Sparmassnahme ist um 25 Prozent zu erhöhen.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 9.7.5 «Kultur» um CHF 125'000 zu reduzieren..

11

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Vertretung Regierungsrat: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin, Finanzdirektorin

11.a Nachhaltige Entwicklung

Finanzkommission (Mehrheit)

Grüne (Klauser, Bern)

SP/JUSO/PSA (Marti, Bern)

1 Abänderungsantrag VA 2018 / Planungserklärung EP 2018 / AFP 2019-2021

Reduktion Förderbeiträge (Massnahme 49.8.1): Gebäudesanierungen sind energie- und klimapolitisch wichtig und daher ist auf eine Kürzung zu verzichten.

Im Voranschlag 2018 ist der Saldo der Produktgruppe 10.7.3 «Nachhaltige Entwicklung» um CHF 0.87 Millionen zu erhöhen.

12 Schlussabstimmung VA 2018

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

Die Finanzdirektion stellt während der Debatte sicher, dass das Zahlenwerk des VA 2018 fortlaufend nachgeführt wird und die Eckwerte dem Grossen Rat jeweils nach Abschluss eines Direktionsblockes zur Kenntnis gebracht werden; vor der Schlussabstimmung erfolgt eine entsprechende Rekapitulation.

Justizkommission

Der Voranschlag 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft wird genehmigt.

Finanzkommission

Der Voranschlag 2018 wird mit folgenden Eckdaten genehmigt:

- Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von CHF 110.8 Millionen;
- Nettoinvestitionen von CHF 469.54 Millionen (inkl. Spezialfinanzierungen);
- Positiver Finanzierungssaldo von CHF 37.6 Millionen
- Steueranlage von 3.06;
- Rahmen der Neuverschuldung (Kreditlimite): CHF 600 Millionen;

Übertrag von CHF 1.7 Millionen aus der Laufenden Rechnung des Tiefbauamtes in den See- und Flusssuferfonds gemäss Art. 7 See- und Flusssufergesetz.

SVP (Wyss, Wengi)

Steueranlage von 3.04 (provisorisch, so dass in jedem Fall die Schuldenbremse eingehalten wird)

13 **Schlussabstimmung AFP 2019-2021**

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

Justizkommission

Der Aufgaben-/Finanzplan 2019-2021 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft wird genehmigt.

Finanzkommission

Der Aufgaben-/Finanzplan 2019-2021 wird genehmigt.

14 **Schlussabstimmung zum Bericht EP 2018**

Vertretung Regierungsrat: Finanzdirektorin

Finanzkommission

Der Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 28. Juni 2017 zum Entlastungspaket 2018 (EP 2018) wird zur Kenntnis genommen.